



Linda W., irakische Sicherheitskräfte in Mossul

Terrorismus

Im Einsatz für die Scharia

Die im Irak verhafteten deutschen Dschihadistinnen sollen für die IS-Sittenpolizei gearbeitet haben.

Die vier Mädchen und Frauen aus Deutschland, die im Irak festgenommen wurden, sollen beim „Islamischen Staat“ (IS) laut deutschen Sicherheitsbehörden für die Sittenpolizei gearbeitet haben. Die Khansa-Brigade war in den IS-Hochburgen Rakka und Mossul aktiv und sorgte dafür, dass sich Frauen an die Kleiderregeln der Dschihadisten hielten. Wer sich nicht verhüllte oder Make-up unterm Gesichtsschleier trug, wurde ausgepeitscht. Der Generalbundesanwalt ermittelt gegen die vier Deutschen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, gegen Linda W. aus Sachsen zudem wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat. Zwei der Frauen sollen in der

IS-Propaganda im Internet aktiv gewesen sein und womöglich auch neue Mitglieder für den IS rekrutiert haben. Lamia K., 50, aus Mannheim war bereits vor Jahren mit islamistischer Propaganda im Netz aufgefallen. 2014 verschwand sie aus Deutschland und nahm ihre Tochter Nadja mit zum IS. Die heute 20-Jährige wurde ebenfalls in Mossul verhaftet. Die Bundesregierung geht nach ersten Gesprächen mit irakischen Behörden davon aus, dass keiner der Frauen die Todesstrafe droht. So wurde deutschen Diplomaten signalisiert, dass es keine Hinweise auf eine Beteiligung an Morden oder Kampfhandlungen gebe. Nun soll es Gespräche über eine mögliche Auslieferung nach Deutschland geben. red

Luftwaffenstützpunkt Konya Türkei will Linken- Besucher verhindern

Die Entscheidung der türkischen Regierung, einen Besuch von Bundestagsabgeordneten bei den deutschen Soldaten auf dem türkischen Luftwaffenstützpunkt Konya abzusagen, hat andere Gründe als bislang behauptet. Bisher hieß es in Ankara, die Visite sei wegen der angespannten Beziehungen zwischen beiden Ländern unter-

sagt. Tatsächlich sperrt sich Ankara laut türkischen Diplomaten lediglich gegen den Besuch des Linken-Abgeordneten Alexander Neu, der angeblich enge Beziehungen zur kurdischen PKK unterhält. Neu hingegen verweist darauf, die Türken hätten 2016 denselben Vorwurf nach einer Prüfung fallen lassen. Um eine Eskalation zu vermeiden, gibt es im Bundestag nun Überlegungen, der Türkei entgegenzukommen. CDU-Außenexperte Johann

Wadepful schlägt vor, „eine Reise nur mit Abgeordneten zu machen, wo es keine Pro-



Neu

bleme gibt“. Zum Beispiel könne man, so Wadepful, den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses Norbert Röttgen (CDU) und den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses Wolfgang Hellmich (SPD) nach Konya schicken. Linken-Politiker Neu, von dem die Initiative für den Konya-Besuch ausging, warnt dagegen vor einem „Kniefall vor Erdoğan“. Der Bundestag dürfe die Bedingungen der Türkei auf keinen Fall akzeptieren. csc